

Bürgermeister Christian Springfeld – Stadt Springe

Rede zur Einbringung des Entwurfs des Haushaltsplanes 2026 am 9. Oktober 2025

Sehr geehrter Herr Ratsvorsitzender,
sehr geehrte Mitglieder des Rates der Stadt Springe,
sehr geehrte Damen und Herren,

heute bringe ich eigentlich meinen 10. Haushalt ein. Eigentlich, denn er ist noch nicht fertig.

Konnten wir bisher mit viel Mühe die jeweilige Deadline halten, haben wir es in diesem Jahr nicht rechtzeitig geschafft. Die Einplanungsgespräche in der Verwaltung sind gelaufen, die Grundlagen also ermittelt, die formale Zusammenstellung läuft. Etwa drei Wochen brauchen wir aber noch. Wir werden das komplette Zahlenwerk spätestens am 24. Oktober 2025 vorlegen können. Die Haushaltsberatungen werden sich entsprechend verschieben.

Auch wenn wir den Gesamthaushalt heute aufgrund personeller Engpässe noch nicht vorlegen können, sage ich danke an alle Mitwirkenden und zwar allen voran an unseren tapferen (fast) Einzelkämpfer Sebastian Kühn, den Daniel Storch tatkräftig unterstützt beide unter der Leitung von Henning Tegtmeyer und Hanna Sander. **Danke.**

Heute kann ich Ihnen zumindest einen groben Ausblick auf die wesentlichen Eckdaten geben.

Es fehlen stand heute im Entwurf rund **8,6 Millionen Euro**. Wir werden aller Voraussicht nach – für die uns übertragenen Aufgaben – in 2026 rund **80 Millionen Euro** verausgaben müssen, aber „nur“ etwa **71,4 Millionen Euro** einnehmen. Die exakteren Zahlen, die wir in den kommenden Wochen noch genauer kalkulieren, können abweichen, aber die Größenordnung wird (leider) passen.

Entsprechend unserer Beratungen mit dem Institut für Public Management habe ich eine Einnahmeposition im Entwurf bereits angepasst. Eine der wenigen Steuerschrauben an denen wir vor Ort überhaupt drehen können. Die Grundsteuer. Die Grundsteuer, die wir im Zuge der Grundsteuerreform bewusst nicht erhöht, sondern mustergültig aufkommensneutral gehalten haben. Angesichts der Finanzlage schlage ich Ihnen jetzt vor, die Grundsteuer – A und B – der Stadt Springe auf den *Durchschnittswert* aller Kommunen in der Region Hannover anzuheben. Das sind aktuell rund **600 Hebesatzpunkte**. Die Grundsteuer in Springe wird sich damit um **22 Prozent** erhöhen. Das ist eine Menge und bringt rund **1,4 Millionen Euro** Mehreinnahmen. Im Vergleich zum Vorschlag des Institutes für Public Management, die Grundsteuer auf das Maximalniveau in Niedersachsen zu erhöhen – das

wären 900 Punkte, also etwa die vierfache Erhöhung um 84 % – erscheint mir diese Erhöhung um 22 % „moderat“ entsprechend unseres Ratsbeschlusses aus dem Februar.

Angesichts der dramatischen Unterfinanzierung der Städte und Gemeinden im ganzen Land fehlt mir zudem jede Argumentation bei der Grundsteuer überdurchschnittlich günstig zu bleiben. Uns geht es genauso schlecht wie dem Durchschnitt der Kommunen, da gibt es für mich keinen Grund von der durchschnittlichen Grundsteuerbelastung abzuweichen. Nichts anderes schlage ich Ihnen vor, als eine Anpassung an den Durchschnitt.

Wo kommt es denn aber nun eigentlich her dieses ständige Defizit? Ich will da exemplarisch eine Thematik herausgreifen: Die *Kinderbetreuung*.

In 2026 werden wir für die Kindertagesbetreuung in Kindertagesstätten, bei Kindertagespflegepersonen und im Rahmen der Ganztagschule bereits rund **15 Millionen Euro**¹ aufwenden. Gut **18 %** unseres gesamten Haushaltsvolumens. Würde *allein dieser* Aufgabenbereich von Land und Bund auskömmlich finanziert, hätten wir kein Defizit und müssten die Steuern nicht erhöhen.

Ich bin es ehrlich gesagt ziemlich leid für diese Defizite, die auf anderen staatlichen Ebenen verursacht werden, hier vor Ort den Kopf hinzuhalten und das ist nur *ein* Beispiel und das geht nicht nur *mir* so.

Die Kommunen sind es *alle* leid. Gerade erst in der vorvergangenen Woche sind in Aurich hunderte Vertreterinnen und Vertreter aus den im Niedersächsischen Städtetag vertretenen Städten und Gemeinden zur Städteversammlung zusammengekommen und haben dieses „Wir sind es leid!“ in der [Auricher Erklärung](#) auf nur vier Seiten kompakt dokumentiert. Wer wissen will, wie es den Kommunen in Niedersachsen geht, der liest die Auricher Erklärung. Gründlich. Ich gebe die Resolution als Anlage zu dieser Rede mit zu Protokoll. Sie können aber auch einfach googeln. Auricher Erklärung. Niedersächsischer Städtetag.

Natürlich ist es ein Stück weit „beruhigend“ zu wissen, dass die kommunale Verschuldung kein spezifisches Springer Problem ist. In Springe tragen wir nur unseren Teil des Rekorddefizits der kommunalen Ebene, das für 2026 bundesweit bereits auf über 30

¹ Für 2026: Ganztags 1,8 Millionen Euro, Kindertagesbetreuung 13,2 Millionen Euro (inklusive Bauunterhaltung).

Milliarden Euro² geschätzt wird, die Gewissheit, mit dem Problem nicht alleine zu sein, ändert aber nichts an der Dramatik der Lage. Was also tun?

Alles stoppen? Nichts mehr investieren?

Ich bleibe dabei und wiederhole mich: das wäre die schlechteste Variante. Unterlassene Investitionen sind die **schlimmste, mutwillige Versündigung an kommenden Generationen**. Wir müssen im Gegenteil weiter investieren, was das Zeug hält. Ohne fortlaufende Investitionen wächst uns der Investitionsstau über den Kopf und den kommenden Generationen erst recht.

Nun sagen manche: Aber wenn wir auf Millioneninvestitionen verzichten, dann sparen wir doch Millionen. Das stimmt. Es stimmt aber auch, dass wir den Investitionsstau weiter vergrößern und Probleme in die Zukunft verlagern statt sie jetzt anzugehen. Davon mal ganz abgesehen zeichnen sich Investitionen ja dadurch aus, dass man lange was davon hat. Eine Investition in eine Immobilie wird beispielsweise oft über 50 Jahre abgeschrieben. Um deutlich zu machen, was das im Ergebnishaushalt bedeutet, quäle ich Sie jetzt ein bisschen mit Zahlen.

Erinnern sie sich noch, was die Kinderbetreuung uns in 2026 voraussichtlich kosten wird? 15 Millionen Euro. Schätzen Sie mal welches Investitionsvolumen wir für 15 Millionen Euro jährlich stemmen könnten.

Rund 430 Millionen Euro.

Einfache Rechnung. Bei 50 Jahren Abschreibung und 3 Prozent Zinsen, belasten 50 Millionen Euro kreditfinanzierte Investition den Haushalt – bei entsprechender Kreditlaufzeit – 50 Jahre lang mit im Schnitt 1,75 Millionen Euro für Zinsen und Abschreibung. **50 Millionen Investition kosten so 1,75 Millionen Euro jährlich.**

Hätten wir also – nur ein Gedankenspiel – die 15 Millionen jährlich aus der Kinderbetreuung zur Verfügung, um damit Investitionen zu stemmen, könnten wir mit den 15 Millionen Euro jährlich ein Investitionsvolumen von fast 430 Millionen Euro stemmen.

² Kommunale Spitzenverbände, <https://www.dstgb.de/publikationen/pressemitteilungen/kommunalhaushalte-kollabieren-bislang-undenkbare-verschuldungsspirale-droht/250805-pm-anlage-prognose-2025.pdf>, Abruf am 09.10.2025.

Denken Sie ruhig in Ruhe drüber nach. Sich das mal so vor Augen zu führen, finde ich schon sehr sinnvoll. Insbesondere weil manche der Auffassung sind man müsse nur auf genug Millioneninvestitionen verzichten, um den Haushalt zu retten. Diese Rechnung geht nicht auf.

Ich will hier gar nicht das Eine gegen das Andere aufrechnen, aber doch sehr deutlich machen, dass es die *laufenden zu niedrigen Erträge* und die *laufenden zu hohen Aufwendungen* für Pflichtaufgaben sind, die uns finanziell das Genick zu brechen drohen - nicht aber langfristig durchfinanzierte Investitionen in unsere kommunale Infrastruktur aus Schulen, Feuerwehrhäusern, Kindertagesstätten, Verwaltungsgebäuden und Straßen, Wegen und Plätzen. Die machen sich bezahlt. Eine saubere Finanzierung der *laufenden* kommunalen Pflichtaufgaben durch Land und Bund würde automatisch finanziellen Raum für dringend notwendige Investitionen schaffen.

Was also tun?

Wir können tatsächlich nur auf die Einsicht der höheren staatlichen Ebenen hoffen, dass gesunde Kommunalfinanzen *die entscheidende Grundlage* eines gesunden Staates und einer gesunden Demokratie sind.

Ich glaube, diese Einsicht reift langsam. Bis aus dieser Einsicht aber spürbare Taten folgen, bleibt uns nur eins: Wir müssen vor Ort weiter verantwortungsvoll investieren, eigene Einnahmepotentiale ausschöpfen und Effizienzpotentiale heben, um so Ausgaben zu minimieren.

Das ganze bis an die Schmerzgrenze und darüber hinaus. Das alles in dem Wissen, dass das Ausschöpfen unserer beschränkten Möglichkeiten vor Ort niemals reichen wird, um die Schieflage der gesamten Staatsfinanzen abzufedern.

Dennoch, was wir unter den gegebenen Rahmenbedingungen tun können, machen wir. Wie das genau aussieht beraten wir in den kommenden Wochen gemeinsam.

Ich wünsche uns konstruktive Haushaltsberatungen.

Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.